



Q



ANDREA PANNONE 2024-05-01

DAS PROFITMOTIV AN DER BLUTLINIE ZWISCHEN ISRAEL UND GAZA

ECONOFICTION AUFRÜSTUNG, ÖL, FINANCE, HAMAS-FASCISM, IMPERIALISMUS, KAPITAL

Wenn man in den letzten Wochen die Kommentare und Artikel in den Mainstream-Medien über den neuen dramatischen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern liest, fällt es schwer, nicht zu erkennen, dass man sich (mehr oder weniger) bewusst von dem Verständnis seiner wahren Ursachen distanziert, die anderen kriegerischen Konflikten, die derzeit auf der ganzen Welt stattfinden, nicht unähnlich sind, wenn auch in ihren spezifischen geografischen, historischen und kulturellen Erscheinungsformen. Emiliano Brancaccio fasst dies in einem Beitrag auf Econopoly treffend zusammen: "Anstatt sich um das Verständnis der Fakten zu bemühen, scheinen die 'Geopolitiker' von Rang eine fragwürdige Überzeugungsarbeit zu leisten, die darin besteht, Emotionen und Überlegungen nur von einem willkürlich gewählten Zeitpunkt aus zu wecken. Sie fordern uns auf, entsetzt zu sein und Stellung zu beziehen, zum Beispiel erst ab der Gewalt der Hamas am 7. Oktober 2023, während sie uns vorschlagen, unsere Sinne und unser Gehirn auszuschalten, wenn es um die israelische Umwandlung des Gazastreifens in ein Freiluftgefängnis oder um andere Verbrechen und Untaten geht, die von den verschiedenen beteiligten Akteuren und vor diesem Datum begangen wurden. Als wäre die Willkür der zeitlichen Abgrenzung nicht schon genug, schlagen sie auch noch vor, militärische Konflikte als bloße Folge religiöser, ethnischer, ziviler und ideeller Spannungen zu betrachten. Fast nie als gewaltsame Folge wirtschaftlicher Streitigkeiten".

Wie bereits erwähnt, gibt es neben Israels Dauerkrieg gegen die Palästinenser mindestens 22 weitere Kriege hoher Intensität" (d.h. auch mit schweren Waffen), die derzeit in der Welt geführt werden: Dazu gehören die Konflikte in Syrien, im Jemen, im Südsudan, in der Zentralafrikanischen Republik, im Norden Mosambiks, in Nord-Kivu und Ituri in der Demokratischen Republik Kongo, in Tigray in Äthiopien sowie im Irak und in Nigeria, aber auch der russisch-ukrainische Krieg, der türkische Krieg gegen die Kurden und andere (siehe diesen Link). Natürlich sind nicht alle diese Kriege das "gewaltsame Ergebnis" ausschließlich oder überwiegend wirtschaftlicher Streitigkeiten zwischen den beteiligten Parteien, wie zum Beispiel im Fall des israelischpalästinensischen Krieges; obwohl es, wie Brancaccio erneut betont, in diesem Fall "nicht schwer sein dürfte, ein "wirtschaftliches" Element in einem Konflikt zwischen zwei Völkern zu erkennen, die sich durch hohe demografische Wachstumsraten auszeichnen und um einen lächerlichen Teil der Welt streiten". Auf jeden Fall sehen Brancaccio und andere "den Hauptauslöser für das erbärmliche menschliche Verhalten in Richtung Krieg" in der gegenwärtigen Hinwendung der Vereinigten Staaten, die immer noch die Hegemonialmacht des Weltkapitalismus sind, zu einem "einseitigen Protektionismus", sowohl im Handel als auch im Finanzbereich, der darauf abzielt, das Risiko einer "Zentralisierung des Kapitals" in östlichen Händen - in erster Linie China, aber auch verschiedene andere im Osten ansässige Inhaber von US-Schulden und in geringem Maße auch Russland – abzuwenden, deren Expansion in der Phase der Globalisierung es immer schwieriger macht, Auslandsschulden und die Wettbewerbsfähigkeit der USA mit Vorteil zu verwalten[1]. Dieser Strategiewechsel wäre nach Ansicht des neapolitanischen Wirtschaftswissenschaftlers "die Ursache für die berüchtigten 'Abrahamischen Abkommen' von 2020 und die damit verbundenen Verträge". Diese Abkommen, die von Trump unterzeichnet, aber auch von Biden weitergeführt wurden, zielten darauf ab, die Beziehungen Israels zu den großen arabischen Energieproduzenten und generell zu den Ländern mit muslimischer Mehrheit, die reich an natürlichen Ressourcen sind, zu "normalisieren" und diese Länder im westlichen Wirtschaftsblock zu positionieren, der nach wie vor dringend auf Gas und Öl angewiesen ist. Das Schicksal der Menschen im Gazastreifen und in Palästina fand jedoch keinen Platz in der oben erwähnten Verhandlungslösung, so dass die komplexen Probleme in diesem Gebiet grundsätzlich ungelöst und brandgefährlich sind. In diesem konzeptionellen Rahmen lassen sich nach Ansicht von Brancaccio der blutige und nicht zu rechtfertigende Terrorakt der Hamas vom 7. Oktober 2023 und die abscheuliche Belagerung des Gazastreifens durch die israelische Regierung einordnen, die ein wahres Gemetzel an Zivilisten und Kindern verursacht[2]. Dies führt zu einer gefährlichen Verschärfung der Gegensätze und Spannungen zwischen den beteiligten Akteuren in der Region[3] und bildet ein potenzielles Vorzimmer für den Ausbruch eines Kriegskonflikts von weitaus größerem Ausmaß.

Obwohl der von Brancaccio vorgeschlagene Ansatz, der die materiellen und wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt stellt, die die Konflikte zwischen Staaten und Völkern anheizen, einen beträchtlichen Fortschritt bei der Interpretation der Ereignisse im Nahen Osten darstellt, ist unserer Meinung nach ein viel radikalerer Perspektivenwechsel erforderlich, um die Logik der heutigen Konflikte zu verstehen. Wir sind nämlich der Meinung, dass Nationalstaaten - und insbesondere einige von ihnen - heute nur bei einer "oberflächlichen" Betrachtung als die wichtigsten Subjekte der geopolitischen Weltarchitektur erscheinen können, d.h. als geschlossene Einheiten, die versuchen, ihre Interessen durch politische, wirtschaftliche und militärische Strategien zu verfolgen, wobei sie ihre territoriale Lage und die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen berücksichtigen. Denn während wir staatliche Organisationen und ihre internationalen Standorte noch klar identifizieren können, ist es viel schwieriger, ihre Handlungslogik von den strategischen Zielen der großen Wirtschafts- und Finanzgruppen zu trennen, die seit der großen Krise von 2007-2008 die Weltbühne beherrschen. Diese Gruppen haben vor allem aufgrund ihres Zugangs zu einem reichlichen Angebot an billigen Krediten - ermöglicht durch die Politik der "quantitativen Lockerung" der Zentralbanken zur Bewältigung der Krise - eine enorme Menge an monetären Ressourcen angehäuft, die nicht so sehr aus der Produktion von Waren und Dienstleistungen stammen, sondern vielmehr aus dem beeindruckenden inflationären Wachstum ihrer nicht reproduzierbaren Finanzanlagen (wie Wertpapiere, Aktien, Immobilien etc.), zu deren Kauf und Rückkauf sie einen erheblichen Beitrag leisten konnten.)[4] viele Mittel, die zuvor für produktive Investitionen vorgesehen waren, abgezweigt wurden. Einige dieser Gruppen - wie die mit der pharmazeutischen Industrie, dem digitalen Sektor und dem Verteidigungssektor verbundenen - konnten dann von bestimmten dramatischen Ereignissen in unserer jüngsten Geschichte, wie der Covid-19-Pandemie und

dem Ausbruch des russisch-ukrainischen Konflikts, profitieren, um eine beträchtliche Wertsteigerung ihrer entsprechenden Aktien zu erzielen[5]. Während früher ein beträchtlicher Teil der Gewinne aus dem technologischen Fortschritt zu resultieren schien, hängen die Gewinne heute zunehmend von der Fähigkeit der Unternehmen ab, Technologie und andere Formen der Ausgrenzung rechtlich zu schützen, was ihre eigenen Vermögenswerte immer attraktiver macht, da auch viele andere Investoren auf ihre Besonderheit setzen und versuchen werden, sie zu kaufen und so zu ihrer Wertsteigerung beizutragen.

Gerade das hohe Maß an Vermögensakkumulation, das bestimmte Interessengruppen erreicht haben und das die Form einer echten "Sabotage" des traditionellen, auf der Ausbeutung der Arbeitskraft basierenden Mechanismus der Reichtumsbildung in kapitalistischen Volkswirtschaften angenommen hat[6], hat es ihnen ermöglicht, beträchtliche Macht auszuüben, um die Politik von Regierungen und internationalen Institutionen zu beeinflussen und zu konditionieren, die gemäß dem System der "Drehtüren"[7] untrennbar mit denselben Gruppen verflochten sind. Mit anderen Worten, die Geopolitik steht nicht so sehr für die Beziehungen zwischen Staaten und Nationen, sondern für die Beziehungen zwischen kapitalistischen Interessengruppen, die in einem geografischen Gebiet und einem spezifischen politisch-institutionellen Kontext mehr oder weniger geschlossen und kohärent zum Ausdruck kommen. Dies gilt nicht nur für die Vereinigten Staaten und andere kapitalistische Volkswirtschaften, sondern auch für Mächte wie China und Russland, wo der Staat die meisten wirtschaftlichen und politischen Funktionen zentralisiert[8].

Nur in diesem Bezugsrahmen lässt sich die dramatische Entwicklung des neuen Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern richtig deuten und verstehen, in dem etwa 70 % der Zivilbevölkerung durch die Militäraktionen Tel Avivs zur Flucht in den Süden/Südwesten des Streifens an der Grenze zu Ägypten gedrängt werden, gezwängt durch einen noch immer unpassierbaren Spalt (Rafah). Aber wie kann man glauben, dass ein solcher Exodus dazu dienen kann, die von der Hamas bei dem Anschlag vom 7. Oktober gefangen genommenen Geiseln zu befreien oder gar die Organisation endgültig auszurotten, deren Kopf weit weg von Gaza ist und deren bewaffneter Arm sich durch Tunnel und ausgeklügelte Tunnels mit Fluchtwegen nach Ägypten bewegt (https://st.ilsole24ore.com/art/notizie/2014-07-21/viaggio-tunnel-business-e-armastrategica-hamas-164800_PRN.shtml)? Ist es sinnvoll, eine Militäraktion durchzuführen, die nicht nur den Staat Israel und die Israelis mit dem Vorwurf des Völkermordes belastet, sondern auch riskiert, dass sich seine Sturmtruppen in einem erschöpfenden Kampf "in den Trümmern" von Gaza-Stadt "festfahren", wo diejenigen, die sich verteidigen, mehr Vorteile haben als diejenigen, die angreifen, und die Verluste viel höher sein könnten, als die israelische Öffentlichkeit akzeptieren kann? Mit welchen Aussichten kann man schließlich hoffen, eine Region zu stabilisieren, in der die Menschen, die sie bewohnen, so brutal auseinandergerissen wurden? Kann man davon ausgehen, dass sich hinter einer Reaktion solchen Ausmaßes tatsächlich etwas anderes verbirgt als das "Recht Israels, sich zu verteidigen"?

Auf 972Magazine, einem linken jüdischen Nachrichten- und Meinungsmagazin, wird ein Dokument des israelischen Geheimdienstes veröffentlicht, in dem die Idee erwogen wird, die Bevölkerung aus dem Gazastreifen zu vertreiben und sie auf den Sinai zu schicken, um sie dann auf der ägyptischen Halbinsel anzusiedeln. Dies ist nicht die offiziell von der Regierung verfolgte Linie, es ist ein Szenario unter anderen, die von den Geheimdiensten vorbereitet werden, aber es ist ein Zeichen für eine der Denkrichtungen, die die Politik der Regierung Netanjahu und ihrer rechtsnationalistischen Verbündeten leitet. Aber auch hier stellt sich die Frage, was der wirkliche Nutzen für Israel wäre? Einige haben argumentiert, die Antwort liege in der Möglichkeit, endlich an die bisher ungenutzten Energiereserven der Palästinenser heranzukommen. In der Tat ist seit einigen Jahren bekannt, dass sich in den besetzten palästinensischen Gebieten bedeutende Erdöl- und Erdgasvorkommen befinden, und zwar im Gebiet C des Westjordanlands (etwa 60 % des Gebiets, zu dem den Palästinensern der Zugang verwehrt ist) und an der Mittelmeerküste vor dem Gazastreifen. Die letztgenannten Felder sind Teil des größten Feldes in der Levante (650 Mrd. Kubikmeter Gas und 1,7 Mrd. Barrel Öl)[9], das sich vom ägyptischen Sinai bis nach Syrien erstreckt, 2010 entdeckt wurde und seitdem unter der vollständigen Kontrolle Israels steht, und zwar durch ein großes israelisches Unternehmen, New Med Energy, derzeit ein Konsortium mit dem multinationalen Unternehmen Chevron, einem der wichtigsten US-amerikanischen Ölkonzerne, das für die Verwaltung aller wichtigen Energieressourcenfelder in Tel Aviv zuständig ist[10]. Nach einer Schätzung der UNCTAD von 2019 (siehe Fußnote 7) hätten diese "gemeinsamen Ressourcen" es

ermöglichen können, rund 524 Milliarden Dollar zwischen Israel und den Palästinensern aufzuteilen und "den Frieden und die Zusammenarbeit zwischen den ehemaligen Kriegsparteien zu fördern", heißt es in der Studie. Dies ist natürlich nicht geschehen, und die Tatsache, dass die Palästinenser ihre eigenen Ressourcen nicht nutzen konnten, was den Bau spezieller Förderanlagen in einem für sie unzugänglichen Gebiet erforderlich gemacht hätte, wurde stets (und zu Recht) als Missbrauch durch die israelische Regierung angesehen. Es ist jedoch kaum glaubhaft, dass die Regierung Netanjahu die Palästinenser zur Räumung des Gazastreifens drängt, um sich diese Energieressourcen anzueignen, da diese Ressourcen im Vergleich zu denen, die Tel Aviv bereits kontrolliert - zu denen noch das 2009 entdeckte neue Offshore-Feld Tamar hinzukommt - und die Israel in den letzten Jahren zu einem Nettoexporteur von Gas gemacht haben, eher begrenzt sind. In Wirklichkeit ist es so, dass die Spannungen und die Instabilität in der Region, die sich nach dem Anschlag vom 7. Oktober auf ein Höchstmaß verschärft haben, der israelischen Regierung – abgesehen von der Möglichkeit, ihre fragile Existenz zu verlängern – den Vorwand boten, den Gasfluss geschickt zu manipulieren, weshalb Chevron aufgefordert wurde, die Förderung aus dem Tamar-Feld und den Fluss der nach Ägypten und Jordanien exportierten Ressource einzustellen. Dieses "Signal" reichte aus, um den Aufwärtstrend der Spekulationen auf dem internationalen Terminmarkt 2024 (https://www.lesechos.fr/finance-marches/ marches-financiers/les-cours-du-petrole-senvolent-apres-loffensive-du-hamas-contreisrael-1985665) wieder aufzunehmen und das Thema der Preisvolatilität wieder aufzugreifen, das wir bereits 2022 mit dem Ausbruch des russisch-ukrainischen Konflikts in exponentiell verstärkter Form erlebt hatten. Eine mögliche Verlängerung der Förderunterbrechung und/oder ihre Ausweitung auf die Felder des Levante-Beckens aufgrund der anhaltenden militärischen Besetzung des Gazastreifens würde dann einen bereits sehr starren globalen Gasmarkt unter Druck setzen und die Volatilität auf dem Terminmarkt erhöhen, wo große Spekulanten von den ständigen Preisschwankungen profitieren können. Kurz gesagt, multinationale Energieunternehmen (natürlich nicht nur US-Unternehmen), Finanzunternehmen und große spekulative Fonds sind diejenigen, die am meisten von der Ausweitung und Fortsetzung eines bewaffneten Konflikts profitieren, der – abgesehen von dem inakzeptablen Blutzoll – keine Chance hat, die Region zu stabilisieren und den am Konflikt beteiligten Parteien Vorteile zu bringen. Offensichtlich sind es nicht nur die Energieunternehmen und die Spekulation mit Energieaktien, die von der militärischen Wende der Regierung Netanjahu enorm profitieren werden. Es ist kein Zufall, dass die Aktien von Unternehmen, die Waffen herstellen, angefangen bei Lockheed Martin bis hin zu Leonardo, in den letzten Wochen beträchtliche Kurssteigerungen verzeichnet haben[11]. Die Spekulanten setzen nämlich auf die steigende Nachfrage nach Raketen, Artillerie und anderen Militärtechnologien, die durch den Krieg angeheizt werden soll, und verwandeln die Erwartungen an die nahe Zukunft in unmittelbare finanzielle Gewinne. In diesem Zusammenhang ist es interessant zu sehen, wer die wichtigsten Aktionäre der Unternehmen sind, die Waffen herstellen. Bei Lockheed Martin halten vier große Fonds, Vanguard, Black Rock, State Street und Geode Capital Management, etwa 35 % des Kapitals, während sie fast 40 % an der Northrop Grumman Corporation und 30 % an Raytheon (jetzt RTX) halten. Bei Boeing liegen sie bei 20 % und bei Halliburton bei über 32 %. In den Tagen nach den Hamas-Anschlägen in Israel kündigte Biden an, dass die USA bereits dabei seien, zusätzliche Munition und Iron-Dome-Abfangraketen zu liefern, die von Raytheon und Rafael, einem israelischen Militärunternehmen, hergestellt werden. Neue Lieferungen kleiner, von Boeing hergestellter 250-Pfund-Lenkbomben wurden ebenfalls nach Israel geschickt, ebenso wie zusätzliche Ausrüstung zur Umwandlung alter Rohbomben in präzisionsgelenkte "intelligente" Munition (https://www.startmag.it/economia/guerra-israele-hamas-industria-armi/). Die steigende Nachfrage, die früher aus der Ukraine, heute aus Israel und morgen aus wer weiß welchen anderen "schweren" Konflikten, die immer noch in der Welt stattfinden und zum Ausbruch bereit sind, kam (und kommt), gibt Waffenherstellern und Anbietern von Cybersicherheitstechnologien die Gewissheit, dass sie mit anhaltenden Aufträgen zur Produktionssteigerung rechnen können. Darüber hinaus sollte nicht übersehen werden, dass die Verteilung westlicher Waffensysteme an die ukrainischen Milizen nach dem Ausbruch des Krieges mit Russland unter den Bedingungen einer schwierigen territorialen Kontrolle und einer sehr hohen Korruptionsrate in Kiews Staatsapparaten teilweise in den Untergrundmarkt und das Dark Web umgeleitet werden könnte, wodurch kriminelle Organisationen und terroristische Gruppen, einschließlich der Hamas und der Hisbollah selbst, gestärkt und die Fortsetzung lokaler Konflikte angeheizt würden. Es ist in der Tat erwähnenswert, dass die ukrainische Mafia auch Verzweigungen im Nahen Osten und im Kaukasus hat und dass mindestens zwei Bataillone tschetschenischer Dschihadisten an der Seite der Ukrainer gegen Moskaus

Truppen und prorussische tschetschenische Regierungstruppen kämpfen, die ebenfalls an diesem Konflikt beteiligt sind (https://www.analisidifesa.it/2022/03/i-rischi-della-belligeranza/)[12].

Die Militär- und Rüstungsindustrie - die seit langem in voller Synergie mit den so genannten digitalen Giganten agiert[13] - ist auf dem Weg, der einzige Sektor in den kapitalistischen Volkswirtschaften zu werden, der neue Arbeitsplätze schaffen könnte und nicht von Überkapazitäten geplagt wird, wie es bei allen anderen großen Industrien seit Jahren der Fall ist (siehe Pannone 2023). Im Gegenteil, der Modernisierungsbedarf der Arsenale könnte sogar beträchtliche Investitionen erfordern, um die potenzielle Produktion von Waffensystemen rasch anzupassen, um in Zeiten verschärfter Spannungen zwischen den Supermächten schnell genug reagieren zu können. In dieser Hinsicht stellt der militärisch-industrielle Komplex einen immer wichtigeren Bereich der Konvergenz dar, um verschiedene und oft antagonistische kapitalistische Interessen - wie Finanz- und Produktionsinteressen[14] - zusammenzubringen und sicherzustellen, dass die US-Industrie in einer Zeit, in der sich eine neue globale Konjunkturabschwächung abzeichnet, robust bleibt. Bidens dringende Bitte an den Kongress in den Tagen nach dem Hamas-Anschlag, den Haushalt um 106 Milliarden Dollar zu ändern, "um Amerikas nationale Sicherheitsbedürfnisse zu finanzieren und unsere wichtigen Partner, einschließlich Israel und die Ukraine, zu unterstützen", zeugt von diesem Bewusstsein. Biden erklärte weiter: "Lassen Sie mich eines klarstellen... Wir schicken Ausrüstung in die Ukraine, die sich in unseren Beständen befindet. Und wenn wir das vom Kongress bewilligte Geld verwenden, dann verwenden wir es, um unsere Lager, unsere Bestände mit neuer Ausrüstung aufzufüllen. Ausrüstung, die Amerika verteidigt und in Amerika hergestellt wird. Patriot-Raketen für Luftabwehrbatterien, hergestellt in Arizona. Artilleriegeschosse, die in 12 Staaten des Landes hergestellt werden, in Pennsylvania, Ohio, Texas. Und vieles mehr. Wissen Sie, genau wie während des Zweiten Weltkriegs bauen Amerikas patriotische Arbeiter heute das Arsenal der Demokratie und dienen der Sache der Freiheit (siehe Link https://www.politico.com/news/2023/10/21/bidens-ukraine-aid-buyamerican-

O0122823#:~:text=%E2%80%9CLet%20me%20be%20clear%20about,and%20is%20made%20in%20America)".

Was als das x-te und blutigste Kapitel eines seit 75 Jahren andauernden Konflikts dargestellt wird, entpuppt sich unter maßgeblicher Mitwirkung der israelischen Regierung als eine außerordentliche Profitmöglichkeit für die großen Wirtschafts- und Finanzgruppen, die eine sich im Niedergang befindliche Weltwirtschaft beherrschen und die Entscheidungen von Staaten konsequent beeinflussen. Auch wenn letztere als aktive Akteure bei der Gestaltung der geopolitischen Gleichgewichte erscheinen, die für das Wohlergehen der Bevölkerungen, die sie scheinbar zusammenhalten, von Nutzen sind, sind ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strategien in Wirklichkeit nie unabhängig von den gewinnsüchtigen Zielen der wichtigsten Machtgruppen, die ihre Ausrichtung bestimmen und lenken, fast immer zum Nachteil der Bedürfnisse und Bestrebungen des zivilen Zusammenlebens der Mehrheit der Menschen. Für diesen jüngsten Konflikt wie für die anderen, die noch im Gange sind (siehe oben), stellt sich daher eine dramatische Frage: Wie kann man den gegenwärtigen Regierungen der Nationalstaaten oder, schlimmer noch, den von derselben Logik durchdrungenen supranationalen Institutionen die Aufgabe und die Hoffnung übertragen, einen realistischen Prozess der internationalen Befriedung in Gang zu setzen, wenn diejenigen, die die Fäden ihres Handelns in der Hand halten, die Konflikte zwischen den Parteien ständig mit offenkundigem Vorteil nähren?

Anmerkungen

[1] Diese These wird sehr deutlich von Brancaccio, Gelmetti und Lucarelli in ihrem Buch Capitalist War. Competition, Centralisation, New Imperialist Conflict (Mimesis, Mailand 2022) und dann in der Financial Times in dem von vielen Ökonomen unterzeichneten Appell (siehe Link https://economicconditionsforpeace.wordpress.com/) kurz und bündig dargelegt.

[2] In seinem Rücktrittsschreiben vom 28. Oktober als Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte erklärte Craig Mokhiber unter anderem: "Im Gazastreifen werden willkürlich zivile Häuser, Schulen, Kirchen, Moscheen und medizinische Einrichtungen angegriffen, während Tausende von Zivilisten massakriert werden. Im Westjordanland, einschließlich des besetzten Jerusalems, werden Häuser beschlagnahmt und allein aufgrund der Rasse neu zugewiesen, und gewalttätige Siedlerpogrome werden von israelischen Militäreinheiten begleitet. Im ganzen Land herrscht Apartheid. Dies ist ein Fall von Völkermord wie aus dem Lehrbuch".

[3] Zu den Akteuren in der Region gehören neben dem Iran, Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern auch China, das in der Eskalation der Spannungen in der Region eine Bedrohung für die Entwicklung des Seehandels im Mittelmeerraum im Rahmen der Seidenstraßenstrategie sieht, und Russland, das daran interessiert ist, starke bilaterale Beziehungen zu den Ländern der Region aufzubauen, Energiepartnerschaften zu erweitern und die Erdgasexporte in Richtung Asien zu diversifizieren.

https://non-milleplateaux.de/das-profitmotiv-an-der-blutlinie-zwischen...

[4] Dieser Trend war weltweit zu beobachten, wenn auch in geringerem Maße außerhalb der Vereinigten Staaten. Japan, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Kanada und China stechen in Bezug auf den Umfang der Rückkäufe hervor. Es sei daran erinnert, dass sich Rückkäufe sowohl vor als auch nach der Finanzkrise negativ auf die Kapitalinvestitionen auswirken, und zwar insbesondere bei großen Unternehmen, die in stark konzentrierten Branchen tätig sind.

[5] Zu den drei großen Pharmaunternehmen, die Covid-Impfstoffe eingeführt haben. Pfizer, Biontech und Moderna, stiegen nach 20 Monaten der Pandemie ihre Aktienwerte um 79,3 %, 720,8 % bzw. 1033,8 %. Was den militärisch-industriellen Komplex betrifft, so ist der MSCI World Aerospace and Defence Index seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine bis April 2023 insgesamt um 14 % gestiegen. Der entsprechende Teilindex des Stoxx Europe stieg um mehr als 30 Prozent, während der S&P500-Branchenindex um etwa 12 Prozent zulegte. https://www.wallstreetitalia.com/guerra-in-ucraina-quali-societa-della-difesa-ci-guadagnano/ [6] Ich beschreibe diesen Prozess ausführlich in meinem Buch What is War? Die Logik der kapitalistischen Konflikte zwischen dem 20. und 21. Jahrhundert, das im November 2023 bei Deriveapprodi erscheint. [7] Der Begriff "Revolving Doors" bezieht sich auf den Wechsel von Beamten und Politikern vom öffentlichen in den privaten Sektor, aber auch auf den Eintritt von Experten und Managern aus privaten Unternehmen in öffentliche Verwaltungen. Die Beweise für dieses Phänomen sind sehr eindeutig. Zum Beispiel im Fall der digitalen Giganten: 2017-2018 waren 93 von 113 Lobbyisten von Alphabet-Google für den US-Staat tätig. Im gleichen Zeitraum taten dies 76 von 114 Lobbyisten von Amazon und 42 von 50 Lobbyisten von Facebook. In den ersten drei Monaten des Jahres 2019 waren fast 75 Prozent der 238 Big-Tech-Lobbyisten zuvor für den Staat oder politische Beamte tätig gewesen (siehe Mirrles 2021). Darüber hinaus identifizierten das Brown Institute for Media Innovation der Columbia University und MuckRock in Zusammenarbeit mit Forbes 2022 151 Regierungsbeamte, die nach 2016 die Obama-Regierung verließen, in der Privatwirtschaft arbeiteten und 2021 unter der Biden-Regierung zurückkehrten. Und das alles mit beträchtlichem Gewinn. Während der Aktienmarkt von 2017 bis 2021 tatsächlich um 70 % stieg und zu einem Anstieg des Haushaltsvermögens im ganzen Land um 38 % beitrug, wuchsen die persönlichen Finanzen von 77 Personen um durchschnittlich 270 %. Die Enthüllungen wurden mit einem vom Center for Public Integrity entwickelten Open-Source-Tool analysiert und die Daten anschließend mit der Programmiersprache R bereinigt (siehe Link https://www.forbes.com/sites/ ericfan/2022/06/21/revolving-door-riches-how-obama-biden-officials-cashed-in-during-thetrump-years/). Beispielhaft ist also das Gewicht des militärisch-industriellen Komplexes bei Bidens Ernennung des ehemaligen Generals Austin zum US-Verteidigungsminister. Austin gründete - wie so viele andere Militärs - seine eigene Beratungsfirma und nahm einen hochbezahlten Posten (laut ISPI-Berichten etwa anderthalb Millionen Dollar in etwas mehr als drei Jahren) im Vorstand eines Giganten der Militärindustrie an, der United Technologies Corp Inc. (UTC), die später mit Raytheon fusionierte. Nach den verfügbaren Daten (siehe Link https://dsm.forecastinternational.com/wordpress/2020/04/13/top-100-federalcontractors-fy19/) erhielt Raytheon allein im Jahr 2019 Aufträge im Wert von rund 16,3 Mrd. USD und UTC im Wert von rund 8,8 Mrd. USD. Kurz gesagt, es würde ein erheblicher und potenziell makroskopischer Interessenkonflikt bestehen, da Raytheon einer der Hauptauftragnehmer des von Austin selbst geleiteten Verteidigungsministeriums ist und sein wird. Schließlich wurden die Gefahren von "Drehtüren" zwischen der Food and Drug Administration, der für die Regulierung von Lebensmitteln und pharmazeutischen Produkten zuständigen US-Regierungsbehörde, und der pharmazeutischen Industrie im Fall von Curtis Wright und Purdue Pharma deutlich, eine Geschichte, die heute in Büchern und im Fernsehen erzählt wird und die 1995 die Zulassung des Opiats OxyContin betraf. In Bezug auf die jüngsten Ereignisse sei daran erinnert, dass die FDA am 18. Dezember 2020 unter der Leitung von Kommissar Stephen Hahn die weltweit erste Zulassung für den Covid-Impfstoff mRNA-1273 von Moderna erteilte. Sechs Monate später, nachdem er mit dem Übergang zur Biden-Regierung zurückgetreten war, trat Hahn in die Firma Flagship Pioneering ein, "den Risikofonds, aus dem Moderna hervorging" (siehe den jüngsten Artikel von Peter Doshi im British Medical Journal unter linl https:// www.bmj.com/content/383/bmj.p2486)

9/28/2024, 10:39 AM 6 of 8

[8] In China beispielsweise wird das politische und wirtschaftliche System zwar von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) geleitet, die die oberste Kontrolle ausübt und alle strategischen Entscheidungen trifft, doch ist die Regierung eng mit dem Wirtschafts- und Finanzsektor verflochten, und einige private chinesische Industriekonzerne haben erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft des Landes gewonnen. Dazu gehören Unternehmen aus den Bereichen Technologie (z. B. Alibaba, Tencent und Huawei), Konsum (wiederum die Alibaba-Gruppe und JD.com) und Immobilien (z. B. die Vanke-Gruppe und die Evergrande-Gruppe). [9] Schätzungen aus der UNCTAD-Studie von 2029, auf die verwiesen wird: https://unctad.org/publication/ economic-costs-israeli-occupation-palestinian-people-unrealized-oil-and-natural-gas [10] Chevron ist eines der größten Öl- und Gasunternehmen der Welt und in verschiedenen Teilen der Welt vertreten. In Israel ist Chevron durch die Übernahme von Noble Energy im Jahr 2020 involviert, das eine bedeutende Beteiligung an dem Unternehmen New Med Energy hielt und somit an der Erkundung und Förderung von Erdgasressourcen im Mittelmeer, einschließlich des Leviathan-Feldes, beteiligt war. [11] Die Aktien des Verteidigungsunternehmens RTX (früher bekannt als Raytheon) und von General Dynamics, dem zweit- und drittgrößten Auftragnehmer der US-Bundesregierung, stiegen nach dem Hamas-Anschlag vom 7. Oktober um 10 %. In einem Interview mit CNBC sagte RTX-CEO Hayes: "Der Krieg im Gazastreifen oder in Israel ist wiederum eine tragische Situation, die höchstwahrscheinlich zu weiteren Aufträgen führen wird. Unser Hauptaugenmerk liegt derzeit auf der Frage: Wie können wir die israelischen Verteidigungskräfte unterstützen? Wie können wir sicherstellen, dass sie über das verfügen, was sie brauchen, um ihr Land verteidigen zu können?" (https://jacobin.com/2023/10/raytheon-general-dynamics-gaza-israel-war-militaryindustrial-complex).

[12] Dieses Thema, das von vielen europäischen Medien vorschnell als "russische Desinformation" gebrandmarkt wurde (siehe z. B. https://it.euronews.com/my-europe/2023/10/19/propaganda-russa-lucraina-non-ha-inviato-armi-ai-miliaziani-di-hamas), wurde in der Tat in mehreren Untersuchungen der Washington Post und der New York Times behandelt, aber auch in Berichten von US-Geheimdiensten, Interpol und mehreren europäischen Polizeibehörden sowie von Regierungen von Staaten in Afrika und im Nahen Osten, die das Vorhandensein dieser Waffen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen fern der Ukraine festgestellt haben. Der neue Staatsanwalt von Neapel, Nicola Gratteri, sprach im August 2023 auf einer Veranstaltung in Lido di Camaiore (Lucca) und lenkte die Aufmerksamkeit wieder auf das Thema, das in Italien bisher fast völlig ignoriert wurde.

[13] Die Rede ist von den sogenannten GAFAM (Google, Amazon, Facebook, Apple, Microsoft). Zu den Verbindungen der Silicon-Valley-Giganten mit dem militärisch-industriellen Komplex siehe zum Beispiel: https://www.nytimes.com/2020/05/02/technology/eric-schmidt-pentagon-google.html. [14] Wenn es stimmt, dass die gegenwärtigen Mechanismen der kapitalistischen Machtakkumulation den Produktionsprozess transzendieren können, so sind sie doch in keiner Weise von dessen Existenz zu trennen. Kein Unternehmen, das auf die Akkumulation von Geldkapital abzielt, könnte ohne die fortgesetzte Akkumulation von Sachkapital zur Produktion von Gütern leben, zumindest bis zu einem gewissen Grad.

Original hier: https://www.machina-deriveapprodi.com/post/le-ragioni-del-profitto-sulla-linea-disangue-tra-israele-e-gaza

← PREVIOUS NEXT →

META

CONTACT FORCE-INC/MILLE PLATEAUX

IMPRESSUM
DATENSCHUTZERKLÄRUNG

TAXONOMY

CATEGORIES

TAGS

AUTHORS

ALL INPUT

SOCIAL

FACEBOOK

INSTAGRAM

TWITTER